

»Das Schicksal der Heimatlosigkeit hat wohl zu keiner Zeit die Weltgeschichte der Menschheit in solchem Ausmaß getroffen, wie in den vergangenen zehn Jahren.« Zu diesem Schluss kam der Leiter des städtischen Presseamtes Josef Fuchs 1950 angesichts der außerordentlichen Bevölkerungsentwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg. Lebten 1939 zu Beginn des Krieges rund 126.000 Menschen in der Stadt, so waren es im April 1945 noch nicht einmal 70.000. In den folgenden Jahren stieg die Einwohnerzahl rasant und hatte sich bis zum Jahr 1950 mehr als verdoppelt. Die Stadt Bielefeld zählte über 153.000 Männer, Frauen und Kinder (bis 1973 bildeten die heutigen nördlichen und südlichen Stadtteile noch den Landkreis). Dieser enorme Bevölkerungszuwachs ging wesentlich auf den Zuzug von Flüchtlingen aus den ehemals zum Deutschen Reich gehörenden Ostgebieten zurück. Das Jahr 1946 war dabei in jeder Hinsicht das Jahr der Extreme.

Am 4. April 1945 wehten weiße Fahnen über Bielefeld, der Krieg war zu Ende. Die Mitglieder der jüdischen Gemeinde waren vertrieben oder ermordet worden, bei Luftangriffen waren mehr als 1.200 Menschen ums Leben gekommen, über 3.200 aus Bielefeld stammende Soldaten waren an der Front oder in der Gefangenschaft gestorben und zehntausende Einwohner evakuiert. Viele Gebäude waren zerstört, gut 40 Prozent der Wohnungen unbrauchbar. Obwohl über Bielefeld ein generelles Zuzugsverbot verhängt wurde, kehrten innerhalb von zwei Monaten fast 9.000 Evakuierte und etwa 3.500 Heimkehrer zurück. Hinzu kamen 580 Flüchtlinge. Während bis zum Ende des Jahres der Zuzug von Evakuierten und Heimkehrern dominierte, erlebte Bielefeld 1946 eine bis dahin nicht für möglich gehaltene Zuwanderung von Flüchtlingen.

1946: Über 45.000 Neubürger

Seit Oktober 1945 war Bielefeld Durchgangs- und »Ausladestation« von zunächst eilig zusammengestellten, bald aber von der britischen Militärregierung organisierten Flüchtlingstransporten. Im Hauptbahnhof wurde eine Großküche mit Verpflegungsraum, Zimmer für die erste ärztliche Pflege und anderes mehr geschaffen, um den oft 1.000, manchmal sogar mehr als 2.000 Menschen Obdach für eine Nacht und ein Mindestmaß an Versorgung zu geben, bevor sie am nächsten Tag anderen Städten in der britischen Zone zugewiesen wurden.

Im Februar 1946 kursierten Gerüchte, dass die Stadt 68.749 Flüchtlingen aufnehmen müsse. Diese Zahl war im Rahmen einer von der britischen Militärbehörde angeordneten Wohnflächenenerhebung ermittelt worden, auf die noch einzugehen ist. Von Januar bis September 1946 war Bielefeld das Ziel von 37 Transporten mit 45.309 Menschen, darunter auch Transporte mit »elternlosen Kindern«. Es handelte sich um die Aktion »swallow«, also Schwalbe. Mit den im Volksmund bezeichneten Schwalbenzügen kamen Vertriebene aus Schlesien nach Bielefeld.

Für alle mussten zunächst »Auffanglager« für die kurzfristige Unterbringung eingerichtet werden. Die Menschen kamen zum Beispiel in der Bückardtschule an der Heeper Straße unter oder in mehreren Gemeindehäusern wie im CVJM-Haus der Johannisgemeinde, in der heutigen Spielstätte des Alarmtheaters. Auch der Speisesaal der Firma Oetker und Tagesräume der Kochs Adler Nähmaschinenwerke an der Arndtstraße und anderer Firmen sowie der Rütli wurden genutzt. Als im August diese Räumlichkeiten nicht mehr ausreichten, wurden fünf Turnhallen und Räume des Ratsgymnasiums in Beschlag genommen.

Zudem wurden außerhalb Bielefelds 16 Lager für 6.000 Menschen eingerichtet. Für die Verpflegung sorgten außer einer Zentralküche in der Bückardtschule mehrere Lagerküchen und Volksküchen wie zum Beispiel an der Melanchthonstraße unweit der Gutenbergschule.

Wachstum dank Flüchtlingen



Essen für Flüchtlinge: Volksküche in der Melanchthonstraße.

Vor 70 Jahren kamen zehntausende Flüchtlinge nach Bielefeld. Vor allem Arbeit und Wohnungen halfen bei der Integration. Von Bernd J. Wagner

Wer waren die Menschen, die zu Tausenden nach Bielefeld kamen? 1946 war fast jeder zweite Flüchtling eine Frau, jeder Dritte ein Kind und rund 20 Prozent arbeitsunfähige, ältere Männer. Sie alle sollten möglichst schnell die Notunterkünfte verlassen und in Wohnungen ziehen. Da der vorhandene Wohnraum nicht ausreichte, wurde die bereits erwähnte Wohnflächenenerhebung vorgenommen, die von dem Grundsatz ausging, dass jeder Person 7 bis 8 Quadratmeter Wohnfläche



Familie ohne Vater in einer Barackenwohnung.

zur Verfügung standen. Wer über größere Wohnungen verfügte, dem konnten Flüchtlinge zwangsweise zugewiesen werden. Gerade aus der seit 1946 praktizierten Zwangsraumbewirtschaftung entwickelte sich ein erhebliches Konfliktpotential.

Offene Feindschaft in Brake

Beim Flüchtlingsamt, das im Januar 1946 in einer Baracke an der Elsa-Brändström-Straße eingerichtet worden war, klagten Neubürger, dass sie statt möblierten Zimmern leere Räume vorfanden und auf dem Boden schlafen mussten. Andere durften die Küche nicht betreten. Wohnungsbesitzer klagten über lärmende Kinder, fremde Kochgerüche und angebliche Unsauberkeit ihrer Mitbewohner. Und manchmal kam es gar zu Handgreiflich-

keiten. Als im April 1946 nach einem »Großflüchtlingstransport« 120 Menschen Quartiere in Brake zugewiesen worden waren, aber nur sechs unterkamen, während die anderen »unter erheblichen Bedrohungen und Beschimpfungen« in die Massenunterkünfte zurückgeschickt wurden, erfolgte die Einquartierung »unter polizeilicher Hilfe«.

Innerhalb weniger Monate war die Stimmung in der Bevölkerung gekippt. Oberkreisdirektor Helmut Schütz wandte sich deshalb im August 1946 an den Regierungspräsidenten. Während anfangs die einheimische Bevölkerung den Flüchtlingen »durchaus entgegengekommen« sei, häuften sich nun die Fälle, in denen die Aufnahme von Flüchtlingen »unter Androhung von gerichtlichen Strafen und teilweise unter Überwindung körperlichen Widerstandes« erzwungen wurde. »Mit welchen seelischen Belastungen muss eine solche arme Flüchtlingsfamilie aber rechnen, wenn sie unter derartigen Verhältnissen in [die] neue »Heimat« hineingepresst wird«, betonte Schütz und kritisierte den mangelnden Respekt, der den allein stehenden Frauen in den vaterlosen Familien von Einheimischen entgegengebracht wurde. Und die Freie Presse fragte im Mai 1946, wenn es für die Flüchtlinge »wirklich kein Zurück mehr geben sollte, wie können sie auf solchem Boden heimisch werden?« Für so manche hoffnungsvoll nach Bielefeld zugewanderte Menschen war die neue Heimat nicht nur wegen des Hungerwinters 1946/47 eher eine »kalte Heimat«.

Geglückte Integration Ende der 50er

Heute, im Rückblick, wird dennoch von einer geglückten Integration gesprochen. Ein Schlüssel war sicher die Verbesserung der ökonomischen Verhältnisse, die allmählich nach der Währungsreform 1948 einsetzte. Menschen fanden wieder bezahlte Arbeit. Und man begann Wohnungen zu bauen. Die neu-

en Siedlungen rund um der Gerhart-Hauptmann-Straße, Auf dem Langen Kampe und an der Brackweder Südstraße boten vielen zugewanderten Familien erstmals in Bielefeld eine eigene Wohnung an und sorgten maßgeblich dafür, dass sich der Wohnungsmarkt entspannte. Auch der Arbeitsmarkt boomte seit den frühen 1950er Jahren. Die großen Fabriken sandten Werber bis in die Flüchtlingslager Schleswig-Holsteins, um die Produktion am Laufen zu halten. Auch die Stadt beschäftigte unter ihren Beamten und Angestellten 1950 rund 15 Prozent, unter den Arbeitern gar 18 Prozent Menschen »mit Migrationshintergrund«. Ein absoluter Spitzenwert in Nordrhein-Westfalen.

Von einer geglückten Integration können wir auf jeden Fall seit den späten 1950er Jahren sprechen, als in die Gemeinde- und Stadträte sowie in den Kreistag Frauen und Männer gewählt wurden, die in Ostpreußen, Schlesien aufgewachsen oder aus anderen Regionen zugewandert waren. Als Einwohnerinnen und Einwohner Bielefelds beteiligten sie sich selbstverständlich an politischen Entscheidungsprozessen.

» Info »

Bernd J. Wagner ist Historiker des Stadtarchivs.

Stimmen
Reparatur
Begutachtung

Erwin Klumpf
Klavierbaumeister

Telefon 0521.178126
www.erwin-klumpf.de